

SPD-NEWS

Hilde Mattheis:

Stammzellenspender sind Lebensretter



Hilde Mattheis lässt sich die aufwändige Suche nach einem Stammzellen-Spender erklären

Ulm/Berlin, 20.12.2016 – Sie ist oft die letzte Chance aufs Überlegen: eine Stammzellenspende. Oft müssen tausende Datensätze miteinander verglichen werden, um für einen einen Patienten, der an Leukämie oder einer anderen Blut-Erkrankung leidet, einen Stammzellenspender zu finden. Die Fäden in Deutschland laufen dabei im Zentralen Knochenmarkspender-Register (ZKRD) in Ulm zusammen. „Stammzellenspender sind Lebensretter“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis bei einem Rundgang durchs ZKRD, „und eine Einrichtung wie das ZKRD sorgt dafür, dass jeder einzelne Patient noch schneller den am besten passenden Spender findet.“

Mehr als sieben Millionen Stammzellenspender sind mittlerweile im ZKRD registriert

SPD-NEWS 49

2. Januar 2017

MAIL-Adresse: lumo.lutzmoni@t-online.de

Aus dem Inhalt: Stammzellenspender sind wichtig, Kommentar: Wahljahr 2017, Per Simon, MdEP, zum Neuen Jahr, Haushaltsrede von Klärle Dörner, Fraktionsführerin im Kreistag Alb-Donau-Kreis.

Hier die Adresse der Redaktion und Herausgebers:
Lutz Deckwitz Im Wiesental 41 89584 Ehingen 1
Mühlen. Tel. 0 73 95 257

In diesem Sinne

Euer Lutz Deckwitz

ein neuer Rekord. Im Jahr 2007 waren es nicht einmal die Hälfte gewesen. Hilde Mattheis zeigte sich beeindruckt von den Zahlen, die ihr ZKRD-Geschäftsführer Dr. Carlheinz Müller liefern konnte. „Es ist unbestritten“, sagte Mattheis, „im Bereich Forschung und Entwicklung setzt das ZKRD Maßstäbe.“

Geschäftsführer Müller betonte, dass die heutige elektronische Vernetzung zwischen den internationalen Registern zum großen Teil auf das Engagement und auf die Entwicklungen im ZKRD zurückzuführen sind.

Das ZKRD arbeitet nicht umsonst international. Jedes Jahr bearbeiten die Mitarbeiter etwa 20.000 Suchanfragen aus dem In- und Ausland. Mit dem ZKRD steht den ausländischen Registern damit ein zentraler Ansprechpartner zur Verfügung.

„Das ZKRD gehört zu den „Hidden Champions“ im Gesundheitsbereich“, sagte Mattheis, „es ist kaum bekannt, bleibt meist im Hintergrund, aber ist doch für das Funktionieren dieses Gesundheitsbereichs im wahrsten Sinne des Wortes überlebensnotwendig.“

BRITTA BÄCKER

Meine Meinung:

2017 wird uns parteipolitisch neue Wege zeigen!



Ja, im Jahr 2017 sind Bundestagswahlen in Deutschland. Land auf und Land ab bereiten sich die Parteien auf den Wahlkampf vor.

Insbesondere die CDU will in Baden-Württemberg neue Mehrheiten schaffen, Mehrheiten in der Mitte

mit leichtem Rechts-Trend. Das sollten wir von der SPD wissen und beherzigen, wenn unser Wahlkampf in die heiße Phase kommt. Es wird nicht leicht sein und unsere Partei wird auf allen Ebenen Hilfe brauchen.

Wir sollten wissen, unsere parteipolitischen Gegner sind im rechten Lager zu finden. Hier gilt es echte Argumente dagegenzusetzen. AfD und Konsorten werden ebenfalls sich auf populistische Art und Weise uns entgegen setzen. Das wird anstrengend und Emotionen sind auf gar keinen Fall angebracht. Also Argumente und die sachlich und korrekt.

Die Parteienlandschaft in der BRD ist demokratisch geprägt, auch wenn es bei der AfD ab und zu Ausreißer gibt. Diese sind nicht zu tolerieren und deshalb der Situation angepasst anzukreiden. Alle anderen Mitbewerber werden sich ebenso wie die SPD als Volksparteien darstellen. Aber, ab wann ist man eine Volkspartei? Welches Ergebnis legitimiert eine Partei dazu? 5 % oder gar 10 % als Wahlergebnis?

Wir werden bei der Bundestagswahl in diesem Jahr 61,8 Mio. Wähler haben. Davon sind 31,8 Mio. Frauen und 30,0 Mio. Männer sind auch wahlberechtigt. Erstwähler gibt es auch, 3,0 Mio. Und ganz entscheidend werden die Älteren über 60 sein, 20,8 Mio. wahlberechtigte. Angenommen, wir werden eine Wahlbeteiligung von 60 % haben, dann

bestimmen rund 38,0 Mio. Wähler, wer im nächsten Bundestag sitzt und wer Regierungsverantwortung tragen wird. Ich meine deshalb, wenn eine Partei es schafft, 30 % der Wähler für sich zu gewinnen, das wären rund 10,2 Mio. Wähler, dann ist sie eine Volkspartei. Wäre das bei der Hälfte auch noch so? Das ist fraglich. Und trotzdem sind 5 Mio. auch eine ganze Menge Holz und auch 5 Mio. Wählers Wille kann ein Votum sein, insbesondere bei Koalitionen.

Jetzt haben wir mal mit Zahlen gespielt. Es ist keine neue Einsicht, dass vermutlich keine Partei alleine regieren kann. Sie braucht Koalitionspartner. Da gibt es Wunschpartner, aber auch Konstellationen, die gar nicht gehen. Nun erinnere ich mich noch, als die Grünen in die Parlamente einzogen, argumentierten die „Etablierten“, keinesfalls mit diesen „Strickpullover-Politikern“ in eine Koalition zu gehen. Irgendwann war das „No go“ nicht mehr wichtig, weil man Mehrheiten zimmern musste und das ging manchmal nicht ohne die Grünen. Die Geschichte kennt mehrere solche Kehrtwendungen von Parteien. Wenn also, nur gedacht, die SPD es alleine nicht schaffen würde, wer käme dann in Frage? Mein Wunsch wäre ganz klar ROT-ROT-GRÜN. Diese Koalition hätte vermutlich am meisten Schnittmengen. Ich wohl, dass dies ein Wunschgedanke ist, aber es würde sich lohnen, für diese Regierung zu kämpfen.

Wir werden sehen, sagte der Blinde, und der Wähler wird es uns sagen. Indem er seinen Stimmzettel in die Urne wirft. Ein ganz entscheidender Faktor bei dieser kommenden Bundestags-Wahl wird auch die Wahlbeteiligung sein. Hoffentlich schaffen wir es, auch das enttäuschte Proletariat an die Urne zu bringen. Die, die bisher aus Enttäuschung nicht zur Wahl gingen und die, die aus ähnlichen Gründen die AfD gewählt haben. Bei der letzten Landtagswahl sind 90 000 Wähler der SPD zur AfD abgewandert. Eigentlich der Hammer, dass so viele der AfD vertraut haben. Bei der CDU waren es noch mehr. Ich meine 180 000 Abwanderer zu den ganz Rechten. Schaffen wir die Umkehr?

LUTZ DECKWITZ

Peter Simon:

Liebe Genossinnen und Genossen,



Peter Simon, MdEP, SPD

das Jahr neigt sich dem Ende zu und wie gewohnt möchte ich Euch in der vorwärts-Jahresendausgabe einen Einblick in Schwerpunkte meiner Arbeit im Europäischen Parlament (EP) im vergangenen Jahr geben. Aber zunächst einmal bedanke ich mich herzlich für unseren

konstruktiven Austausch und Eure kontinuierliche Unterstützung. Durch eine Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen in Baden-Württemberg und Treffen mit über 1.500 BürgerInnen an den beiden Tagungsstätten des Europaparlaments in Straßburg und Brüssel konnten wir unseren politischen Dialog weiter ausbauen.

Dialog ist wichtiger denn je – unser Europa befindet sich in schwerem Fahrwasser. Wir erleben einen erschreckenden Zuwachs an Populismus und Nationalismus. Die Entscheidung der Briten für einen EU-Austritt und die Wahl von Trump in den USA verlangen nach einem handlungsfähigen Europa mit einem klar definierten Auftrag. Für national nicht mehr lösbare Probleme brauchen wir gemeinsame Antworten auf europäischer Ebene, im Umkehrschluss gilt aber auch: Auf europäischer Ebene wird nur das geregelt, was nicht besser national, regional oder lokal geregelt werden kann.

Steuergerechtigkeit: Gleiche Regeln für alle
In meinem ersten großen Arbeitsschwerpunkt habe ich als Sprecher für

unsere 190-köpfige S&D-Fraktion zunächst in den beiden EP-Sonderermittlungsausschüssen TAXE 1 und 2 sowie aktuell im Untersuchungs-Ausschuss zu den Panama-Papers unseren gemeinsamen Kampf gegen Geldwäsche, Steuerflucht und Steuervermeidung koordiniert.

Für gleiche Regeln für alle: Multinationale Unternehmen wie Mittelständler, Vermögende wie alle anderen Steuerzahler! Unterstützt durch die Öffentlichkeit ist es uns im Europaparlament in hartnäckiger Kleinarbeit in den vergangenen Jahren gelungen, die jahrzehntelange Blockade der Mitgliedstaaten gegen europäische Gesetze für mehr Steuergerechtigkeit an einigen Stellen zu durchbrechen.

Aber wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns: Gewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Dass



die Europäische Kommission endlich der seit Jahren erhobenen Forderung von uns Sozial-DemokratInnen nach einem Gesetzes-

Vorschlag für eine verpflichtende konsolidierte gemeinsame Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage nachgekommen ist, führt in die richtige Richtung. Der neue Mechanismus würde dem künstlichen Kleinrechnen von Unternehmensgewinnen entgegenwirken. Damit der Vorschlag zeitnah Realität wird, werden wir den Druck auf die Mitgliedstaaten aufrechterhalten.

Der Kampf gegen Steuerdelikte und Geldwäsche ist letztlich ein Kampf um Gerechtigkeit und Fairness. BürgerInnen, kleine und mittlere Unternehmen, alle anständigen SteuerzahlerInnen haben Recht und Anspruch darauf, dass auch alle anderen Akteure ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwohls tragen.

Bewährte Systeme schützen

Ein weiterer Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit lag im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON). Dort bin ich stellvertretender Vorsitzender. Während in den vorherigen Jahren der Fokus unserer S&D-Fraktion auf der Regulierung der Finanzmärkte lag, stand in diesem Jahr neben dem Schließen von Schlupflöchern auch eine Nachjustierung der Regeln auf dem Programm. Hierbei kämpfe ich dafür, dass kleine Institute durch Regulierungskosten und -aufwand nicht unverhältnismäßig stärker belastet werden als große Banken. Mit einer parteiübergreifenden Initiative ist es meinen Kollegen und mir gelungen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) bürokratische Anforderungen und damit auch Kosten für ein geplantes Kreditregister im Sinne der kleineren und mittleren Banken erheblich reduziert hat.

Klar ist: Bei aller berechtigter Regulierung dürfen europäische Vorschriften nicht auf Kosten jener Finanzinstitute gehen, deren Modelle sich als krisenfest erwiesen haben – wie die unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Aktuell arbeite ich deswegen daran, dass bei den Regeln für eine Europäische Einlagensicherung gut funktionierende Systeme wie die Institutssicherung in keiner Weise geschwächt werden und gleichzeitig die Finanzstabilität in Europa gestärkt hervorgeht. Nur so kommt der Steuerzahler bei zukünftigen Schieflagen aus der Schusslinie.

Kommunale Handlungsspielräume sichern
Neben meiner parlamentarischen Tätigkeit im Wirtschafts- und Währungsausschuss, den TAXE-Ermittlungsausschüssen und dem PANA-Untersuchungsausschuss, habe ich auch meine Arbeit in kommunal-relevanten Themenfeldern fortgeführt. In den dafür eingerichteten fraktionsübergreifenden Intergroups „Öffentliche Dienstleistungen“ und „URBAN“ setze ich mich als Vizepräsident dafür ein, dass die Gestaltungsspielräume unserer Kommunen gesichert bleiben: Ihre Stellung bei der

Erbringung hochwertiger, öffentlicher und selbstbestimmter Leistungen der Daseinsvorsorge muss uneingeschränkt geschützt werden – ohne Wenn und Aber.



An dieser Stelle schließt mein kurzer Rückblick auf ausgewählte Schwerpunkte meiner parlamentarischen Arbeit im Jahr 2016. Aktuelle Informationen zu meiner Arbeit im Europaparlament lasse ich regelmäßig allen Ortsvereinsvorsitzenden per Mail zukommen, verbunden mit der Bitte um Weiterleitung an alle Genossinnen und Genossen im Ortsverein. Bei Interesse am direkten Bezug meiner EU-Infos sowie Anfragen und Anregungen zögert bitte nicht, Euch mit mir oder meinen Büros in Mannheim und Brüssel in Verbindung zu setzen.

Ich wünsche Euch schöne Weihnachtsfeiertage, einen guten Start ins neue Jahr und uns allen 2017 viel Erfolg – in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa!

Euer
PETER SIMON

Impressum

NEWS versteht sich als Diskussionsplattform des SPD-Ortsvereins Ehingen.

V. i. S. d. P.: *Lutz Deckwitz, Ehingen-Mühlen.*

Alle Artikel mit Autorenhinweis sind Meinungen des jeweiligen Verfassers. Der Bezug findet digital statt und ist kostenlos. Zuschriften oder Leserbriefe sind ebenfalls digital erwünscht an die MAIL-Adresse:

lumo.lutzmoni@t-online.de

V. i. S. d. P.: Lutz Deckwitz, Ehingen-Mühlen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreistagsfraktion Alb-Donau-Kreis

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2017

Ulm, den 12. 12. 2016

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Scheffold,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren.

Meine Herren Vorredner, Herr Kaiser und
Herr Mangold, haben den Haushalt für das
Jahr 2017 wieder aus der Perspektive ihrer
Fraktionen dargestellt und bewertet. Ich
möchte nun die Perspektive und die
Gedanken der SPD-Fraktion hinzufügen.



*Fraktionsführerin der
SPD im Kreistag Alb-
Donau: Klärle
Dörner*

Es war ein Jahr, in
dem wir nicht nur
viele, sondern
teilweise auch sehr
weitreichende
Entscheidungen
treffen mussten.
Dazu gehörte auch
die für
wahrscheinlich fast
alle von uns völlig
unerwartete Frage
nach einem neuen
Landrat, einer

neuen Landrätin. Was tun?

Wir mussten nicht lange überlegen,
sondern hofften, dass sich der Erste
Landesbeamte unseres Kreises, Herr
Heiner Scheffold vorstellen könnte, seinen
Hut in den Ring zu werfen. Andere
Fraktionen dachten wohl alsbald auch so.
Wir alle konnten ihn ja in seiner
Arbeitsweise, in seinem Ideenreichtum
und in seiner gesamten Persönlichkeit in
den vergangenen 2 ½ Jahren erleben. Und

so kam es, dass wir am 11. Juli
mit nur einer Enthaltung Sie,
Herrn Scheffold, zu unserem
neuen Landrat wählen
konnten. Wir freuten und
freuen uns auf die
Zusammenarbeit mit Ihnen.
Erlauben Sie mir an dieser
Stelle aber trotzdem nochmals
unserem Alt-Landrat ein
großes Dankeschön zu sagen
für seine offene und sehr
kollegiale Art, durch die er
auch den Minderheitenfraktionen seine
Wertschätzung entgegenbrachte und
somit auch für ein konstruktives Klima im
Kreistag beitrug. Das scheint ja nicht
überall so zu sein. Aber warum sollen wir
streiten, wenn wir eine Idee, auch wenn
sie von einer anderen Gruppierung
eingebracht wird, gut finden? Manche
werfen uns dafür Profillosigkeit vor.



*Heiner
Scheffold, der
neu gewählte
Landrat des
ADK.*

Viele Dinge, die im letzten Jahr noch in der
Diskussion oder Planung waren, sind in
diesem Jahr ganz oder zumindest
teilweise realisiert worden:

Verbesserungen in der Anbindung von Ortschaften:

Dazu gehören die Fortschreibung des
Nahverkehrsplanes, mit dem wir rund 10 %
mehr Fahrleistung bekommen, die
Lückenschlüsse bei den Radwegen, die
Zusage zur Elektrifizierung der Südbahn,
die Finanzierungsvereinbarung zum
Bahnhof Merklingen (Schwäbische Alb)
Hier nochmals Danke an die
Hartnäckigkeit von Alt-SPD-Kreisrat Heinz
Surek. Aber nicht nur seine Zähigkeit hat
sich gelohnt, sondern auch das
gemeinsame Vorgehen von Albgemeinden,
dem Kreistag und den Abgeordneten aller
Fraktionen. Dankeschön. Für mich
persönlich erhielt dadurch das ganze
Projekt Stuttgart 21 mit der Neubaustrecke
eine nachträgliche Legitimation.
Dann das Regio-S-Bahnkonzept im
Ganzen. Nun gilt es, intelligente Formen
von Zubringersystemen zu entwickeln und
weitere Formen der Mobilität im
Ländlichen Raum, vor allem zur Anbindung

von kleineren Orten und Weilern, zu schaffen. (Bürgerbusse, Ruftaxis...). Die Reihung soll keine Wertung darstellen. Da freuen wir uns schon auf die vielen kreativen Ideen, die uns sicher das angedachte Informations-Forum Ländlicher Raum aufzeigen wird und die wir diskutieren werden.

Weitere große Vorhaben:

Das größte Vorhaben ist wohl die Zusammenführung der Verwaltung in der Hauffstraße. Dazu später noch. Hinzu kommt der Breitbandausbau in unserem Kreis, dessen Bedeutung zwar nur in etwa vergleichbar ist mit dem Bau der Wasserleitungen in jedes Haus. Wasser war und ist absolut überlebenswichtig. Breitband aber ist für den Anschluss an die Wirtschaft und damit an die Zukunft unabdingbar. Dass wir bei diesem Thema nun auf einem konkreten Weg zur Umsetzung sind, verdanken wir in sehr großem Maße Ihnen, Herr Scheffold. Ohne Ihr Engagement und Ihren Eifer wären wir sicherlich nicht so schnell und so wirkungsvoll vorangekommen. Danke!

Dann unsere Investitionen in unsere Schulen, stellvertretend als Beispiel die Erweiterung der Magdalena-Neff-Schule.

Dies alles kostet Geld, viel Geld und die Quellen sprudeln nicht überall.

Mit einem längerfristigen Ausfall der OEW-Ausschüttung haben wir uns vorerst abgefunden.. Wir sind froh, dass der Konzern nun offensiv den Weg in die alternativen und erneuerbaren Energien einschlägt. Sorge bereitet uns allen die Frage: Wohin mit dem radioaktiven Abfall. Werden wir eine verantwortbare Lösung zeitnah finden? Hoffentlich noch zu unseren Lebzeiten. Für uns als SPD gibt es kein Heraus schleichen aus der Verantwortung. Wir alle tragen die Verantwortung für die Hinterlassenschaften der Kernenergie. Mir persönlich bereitet es große Sorge, nicht nur ein Unbehagen, dass in einer Zeit, in der demokratische Strukturen in Teilen der

Welt wegbrechen, wir bisher keine Perspektive, nicht einmal innerhalb Europas haben, diesen strahlenden Müll wirklich sicher vor „Missbrauch“ durch marodierende Kräfte zu schützen.

Zurück zu den Geldquellen, die nicht überall sprudeln. Folge: wir müssen mit dem Geld auskommen, das wir haben!

Die positiven Auswirkungen der von GRÜN-Rot eingeführten Erhöhung der Grunderwerbsteuer halten an. Die eingeplanten 7 Millionen 2016 werden um 1,5 Millionen höher ausfallen.

Die moderate Anhebung der Kreisumlage um 0.5% auf 28 % im letzten Jahr war richtig und kommunal-freundlich. Leider stieg die Steuerkraft unserer Gemeinden im Vergleich zum Landesdurchschnitt nicht so stark, so dass wir durch die Kreisumlage nur einen leichten Anstieg von 0,6 Millionen auf insgesamt 66,2 Millionen erzielen. Insgesamt ist das Gesamtvolumen des Haushalts deutlich kleiner, nämlich 229,7 Millionen und damit um 9,6 Millionen geringer als 2016. Und trotzdem werden wir wieder eine beachtliche Summe investieren können und müssen. Ich möchte hier die Zahlen nicht nochmals nennen.

Wir investieren in die Zukunft unseres Kreises, in unsere Schulen, in die Infrastruktur (Straßen, Brücken, Radwege, Brandschutz sowie in die elektronische Datenverarbeitung), in unsere Gesundheitszentren und in den Neubau an der Hauffstraße, damit die Verwaltung wieder an einem gemeinsamen Ort für die Kunden da ist. Dafür nehmen wir gut 19,1 Millionen in die Hand.

Dass wir uns dabei auf das Wesentliche beschränken müssen, ist selbstredend. Für uns als SPD kristallisieren sich deshalb folgende Schwerpunkte heraus:

Medizinische Versorgung:

Drei Fragen treiben uns dabei um:

1. Wie kann die medizinische Versorgung im ländlichen Raum als einer der wichtigen Standortfaktoren gesichert werden? –

Kann hier die Landkreisverwaltung den Kommunen eine Unterstützung in welcher Form auch immer anbieten?

Wäre hierfür auch ein Spezialforum medizinische Versorgung im ländlichen Raum denkbar?

Ein bisher eingeschlagener Weg sind die MVZs (Medizinische Versorgungszentren). Sind sie der richtige Weg? Was wäre noch eventuell (auch alternativ) möglich.

2. Wie können wir die wohnortnahe Versorgung mit Krankenhäusern aufrechterhalten?

3. Und als dritte Frage: Wie sieht es mit der stationären Palliativ-Versorgung in unserm Landkreis aus.?

Gut 1/3 der Investitionssumme sind Investitionskostenzuschüsse für unsere Krankenhaus GmbH. Die Bereitstellung der Infrastruktur für unsere medizinische Versorgung ist uns allen ein sehr großes Anliegen – gerade im ländlichen Raum. Damit können wir unsere Klinikstandorte zwar noch attraktiver machen, aber das bisher durch die politischen Rahmenbedingungen vorgesehene Geld reicht nicht aus, um die Klinikstandorte auch wirtschaftlich eigenständig betreiben zu können. Unsere Kliniken benötigen immer noch einen Betriebskostenzuschuss von 4,7 Millionen. Wir sehen und wissen, dass die chronische Unterfinanzierung unserer Gesundheitszentren zum allergrößten Teil durch das unzureichende Krankenhausstrukturgesetz verursacht wird. Hier sollten wir alle unsere Kontakte zu den Abgeordneten weiterhin nutzen. Im letzten Jahr sprach sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform, in der unsere Abgeordnete Hilde Mattheis als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion tätig ist, für eine Stärkung der Pflege in Krankenhäusern aus. Ich zitiere

Herrn Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe vom 2.10. 2015: „ ... Außerdem sollen steigende Kosten durch Tarifsteigerungen künftig berücksichtigt werden, denn Pflegepersonal muss angemessen bezahlt werden. Auch die Notfallversorgung von Patienten im Krankenhaus wird weiter gestärkt werden. Denn Krankenhäuser nehmen in erheblichem Umfang an der Notfallversorgung teil.“

Dieses Ansinnen scheint noch nicht vollends in die Tat umgesetzt zu sein. Bei der Finanzierung von Gesundheitszentren wird offensichtlich die tarifliche Steigerung des Entgelts für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht entsprechend berücksichtigt. Hierin sehen wir eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die man nicht mit der Frage nach der Wirtschaftlichkeit beantworten darf. Mit diesen Menschen steht und fällt der Erfolg einer Klinik. Ein Arzt kann noch so gut sein, ohne die Pflegekräfte kann er nicht viel erreichen. Und dass diese nicht noch mehr Überstunden machen können, das wird jedem klar, der sich einmal mit den Krankenhäusern beschäftigt hat. Lassen Sie mich hier ein ganz besonderes Dankeschön an all diejenigen sagen, die in unseren Häusern Tag und Nacht für das Wohlergehen der PatientInnen Sorge tragen.

Ich möchte hier anmerken, dass wir als SPD-Fraktion weiterhin uneingeschränkt zu unseren Krankenhäusern stehen. Aber die Frage stellen wir uns natürlich auch: Wie muss die Ausrichtung der ADK-GmbH für Gesundheit und Soziales in Richtung Zukunft sein, damit die Sicherung der medizinischen Versorgung im Kreis gewährleistet werden kann und gleichzeitig das laufende Defizit sich nicht vergrößert? Immer weitere neue Investitionen sichern zwar die Attraktivität, aber solange das Personal nicht ausreichend finanziert wird, solange der Pflegeberuf in der Gesellschaft nicht durch bessere Bezahlung eine Aufwertung erfährt, wird eine zufriedenstellende

Lösung sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein. Und die Reduzierung des Defizites kann, soweit wir es überblicken, nicht auf den Rücken des Pflegepersonals abgewälzt werden. Hier sehen wir keine Einsparmöglichkeiten mehr. Aber vielleicht weitet sich unser aller Blick, wenn wir die Informationsmöglichkeiten über Aufsichtsratssitzungen neu geregelt haben.

Es ist auch nicht nachzuvollziehen, weshalb die Leistungen der geriatrischen Abteilung nicht kostendeckend übernommen werden, obwohl dadurch viele ältere Menschen von einem sofortigen Umzug in ein Pflegeheim bewahrt werden können. Dass da der Konstruktionsfehler im System liegt, belegt die Tatsache, dass unsere sechs Pflegeheime und Tagespflegen seit 11 Jahren eine Erfolgsgeschichte darstellen.

Einen Wunsch hätte die SPD-Fraktion noch in diesem Zusammenhang.

Wir möchten ihn Ihnen, Herr Schneider, für Ihre im Januar angedachte Klausurtagung mitgeben: nämlich das Thema stationäre Palliativversorgung



*Wolfgang Schneider,
Geschäftsführer
der Krankenhaus
GmbH.*

Wir haben zwar inzwischen keine weißen Flecken mehr in der ambulanten Palliativversorgung, aber wo können unsere Menschen hin, wenn sie nicht mehr zuhause gepflegt werden können oder wenn gar keine Angehörigen vorhanden sind? Wird es möglich sein, in unseren Häusern Palliativbetten anzubieten. Sie versprochen, die Möglichkeit prüfen zu lassen.

Unser Ziel war es immer: Nicht nur im ADK gesund und umsorgt leben zu können, sondern auch im ADK in Würde sterben zu dürfen. Vielleicht sollten wir in diesem Zusammenhang den Gedanken an eine Stiftung wieder aufgreifen? Ravensburg macht es uns gerade vor.

An dieser Stelle möchten wir wiederum all

den Menschen, die sich um zu pflegende Angehörige kümmern, ein großes Dankeschön sagen.

2. Wohnraum für alle und Integration der zu uns Gekommenen

Erfreulich ist, dass unser Tochterunternehmen Kreisbau mit der FLÜWO Bauen Wohnen e.G. jemanden gefunden hat, der bereit ist, die an sie verkauften 464 Mietwohnungen nicht nur zu kaufen, sondern sie auch behutsam zu sanieren. Wir meinen, dass der finanzielle Spielraum, der dadurch gewonnen wurde, unbedingt dazu verwendet werden muss, die übrigen Immobilien werterhaltend zu modernisieren. Tafelsilber verkaufen bringt nur einen Einmaleffekt, wenn wir es nicht werterhaltend reinvestieren.

Herr Scheffold, Sie haben beim Einbringen des Haushalts darauf hingewiesen, dass dieser Haushalt auch Risiko-Faktoren in sich trägt, die wir nicht zu verantworten haben:

Nämlich: Wie werden die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen letztendlich abgerechnet, wie geht das Land mit der Tatsache um, dass wir Wohnraum anmieten mussten, den wir jetzt vielleicht doch nicht benötigen, aus den Mitverträgen aber nicht so leicht herauskommen. Hier möchte ich eine Idee vom letzten Jahr aufgreifen.

Machen wir uns doch als Kreis zusammen mit den Kommunen gezielt auf den Weg, um eine geeignete Wohnraumstrategie für den ADK zu entwickeln, damit preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden kann, um dem anstehenden Nachfragedruck aktiv begegnen zu können. Ich sehe, dass der freie Wohnungsmarkt dies nicht regeln wird und kann. Vielleicht wäre eine erste Kooperation in dieser Richtung bei von uns längerfristig angemieteten Objekten denkbar. Vielleicht hilft hier auch der vom Land meines Wissens immer noch geltende „Pakt für bezahlbaren Wohnraum“, der nicht nur finanzielle

Anreize bietet, sondern teilweise durch die Vereinfachung von Baurecht auch vielfältigere Lösungsansätze.

Ja, es war richtig, diese Wohnmöglichkeiten anzumieten. Und es war das Verdienst der Verwaltung, insbesondere die von Herrn Barabeisch und seinen MitarbeiterInnen, dass wir keine Turnhallen benötigten. Dankeschön dafür, auch im Namen der Eltern, deren Kinder sonst betroffen gewesen wären. Zwar kamen in diesem Jahr weitaus weniger Flüchtlinge zu uns nach Deutschland und damit in den ADK, als wir erwarten mussten. Das war so nicht absehbar.

Aber zu welchem Preis?

Und wenn einige Mitglieder der europäischen Union weiterhin ihrer Verantwortung nicht nachkommen, sehe ich das Problem, dass Italien auch bald überfordert sein wird, wenn es nicht schon ist..

Wie da eine Lösung aussehen kann, wissen wir alle nicht. Und wie es in Syrien weitergeht, ist auch nicht absehbar.



Josef Barabeisch, Dezernent Jugend und Soziales im Landratsamt.

Inzwischen können sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Ihnen, Herr Barabeisch und Herr Sontheimer, um die langwierige Aufgabe der Integration der zu uns gekommenen Flüchtlinge kümmern. In den Gemeinschafts-Unterkünften leben

derzeit noch 1320 Menschen von ursprünglich 2400 Menschen. Aber die Zuweisung in die vorläufige Anschlussunterbringung stellt für diese Menschen vor völlig neue Probleme, auf die sie in den Unterkünften nicht vorbereitet werden konnten und können.

Lassen Sie mich drei Beispiele nennen Umgang mit einem Giro-



Emanuel Sontheimer, Fachdienst Flüchtlinge und Integration.

Konto

Flüchtlinge heben, aus welchen Gründen auch immer, das gesamte vom Landratsamt überwiesene Geld sofort am Tag der Bereitstellung ab. Das Konto ist am 2. Tag meist völlig leer. Nun kommt aber in der Anschlussunterbringung neu für sie die Abbuchung für den Strom. Auf dem Konto ist kein Geld mehr.. Also Verweigerung der Abbuchung, es entstehen Mehrkosten und im nächsten Monat ist das Problem dasselbe. So entstehen innerhalb kürzester Zeit Stromschulden in hohem Maße bis zur Androhung, den Strom abzuschalten. Termine einhalten, vor allem beim Arzt oder bei Behörden!

Vor allem Menschen, die aus einem anderen Kulturkreis oder aus Kriegsgebieten kommen, fällt es sehr schwer, sich in unserem zeitlich durchgeplanten Alltag zurechtzufinden. In Kriegsgebieten gelten oft keine festen Regeln.

Umgang mit Post

Mitteilungen, (auch von Behörden) lesen, deren Nichtbeantwortung oder Erledigung weitreichende Folgen für sie haben kann. Ich könnte noch unendlich viele Beispiele nennen.

Hier brauchen wir weiterhin eine gesicherte Sozialbetreuung der Menschen in Zusammenarbeit von Landkreis und Kommunen. Diese Aufgabe können ehrenamtliche Menschen alleine nicht gewährleisten. Deshalb sind wir auf den Bericht von Ihnen, Herr Barabeisch, gespannt, in dem Sie uns Möglichkeiten aufzeigen, wie andere Landkreise und Kommunen damit umgehen, zumindest innerhalb des Zeitraumes von 18 Monaten, für die das Land versprochen hat, mit einer Pauschale für die Flüchtlinge aufzukommen.

Wir sehen hier vor allem das Land in der Pflicht. Es ist nicht konstruktiv, wenn die neue Landesregierung die Notwendigkeit einer Neureglung des auslaufenden Länderfinanzausgleichs dazu nutzt (und das übrigens bei sprudelnden Steuermehreinnahmen), den Kommunen

und Kreisen von den vom Bund zugesagten Geldern 240 Millionen weniger zu geben. Hoffentlich ist hier noch nicht das letzte Wort von den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen.

Ohne die unzähligen Bürgerinnen und Bürger, von Jugendlichen bis ins hohe Alter, die sich tagtäglich oft stundenlang um die zu uns geflüchteten Menschen ehrenamtlich einbringen, hätten wir es bisher nicht so geschafft. Es ist berührend, wenn Menschen über 70 von ihrem Flüchtling reden, der jetzt eine Ausbildung machen darf und jetzt Unterstützung benötigt bei den Fachbegriffen oder beim Berichtsheft schreiben. Meist fängt es ja damit an, dass man jemanden fragt, ob er nicht ab und zu dabei helfen könnte. Und dann fühlen sich diese Bürger und Bürgerinnen plötzlich für das Wohl „Ihres Schützlings“ verantwortlich. Aber nur so kann Integration gelingen. Heute sehen wir die Versäumnisse, die wir bei den vor Jahren zu uns Gekommenen begangen haben. Das nun weitgehend flächendeckende Angebot für Sprachkurse für alle (ob mit oder ohne Bleibeperspektive) war eine richtige Entscheidung unseres Kreistages. Ohne Sprache geht nichts.

Und es ist noch ein weiter gemeinsamer Weg, bis die Integration der zu uns Gekommenen geschafft ist. Lassen sie mich deshalb all diesen Menschen, die sich, egal wie, um die Zukunft der zu uns Geflüchteten engagieren, ein aufrichtiges Dankeschön im Namen der SPD und ich denke auch in unser aller Namen sagen. Wir brauchen sie alle. Diese helfenden und engagierten Menschen zu erleben macht mir Hoffnung, dass unsere Demokratie stark genug ist, um die populistischen oder rechtsradikalen Kräfte in unserm Lande in ihre Schranken zu weisen.

Eine wichtige Schnittstelle zwischen Migranten, dem Ehrenamt und dem Kreis oder der Kommune stellen die inzwischen fast überall installierten

Integrationsbeauftragten dar. Sie sind eine unverzichtbare Anlaufstelle für alle.

Zu diesem finanziellen Unsicherheitsfaktor kommen weitere Fragen:

Welche Auswirkungen wird das neue Teilhabegesetz für uns haben? Verstehen Sie mich richtig. Wir sind für das neue Teilhabegesetz. Eine Veränderung war dringend geboten – und eigentlich geht es für viele Betroffene noch nicht weit genug. Wir können derzeit nur die finanziellen Auswirkungen auf unseren Haushalt noch nicht richtig abschätzen.

Wie gestaltet sich die Eingliederungshilfe angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen aus den beschützenden Werkstätten ins Rentenalter kommen?

Wie wirkt sich die Umgestaltung der Pflegestufen finanziell aus auf die Menschen, die vom Steuerzahler Hilfe zur Pflege benötigen?

Noch ein Wort zu unseren Schulen:

Wir stehen als SPD-Fraktion gemeinsam mit den anderen Fraktionen zu unseren



Gewerbliche Berufs-Schule in Ehingen.

kreiseigenen Schulen und unterstützen auch weiterhin die hohe Qualität der Bildung in unserem

Kreis. Erst letzte Woche konnten wir in der Presse lesen, dass unsere Berufsschulen und beruflichen Gymnasien eine sehr große Nachfrage erfahren dürfen. Und dass wir alle auch zur landwirtschaftlichen Berufsschule in unserem Kreis stehen, zeigt die von der CDU eingebrachte und von allen getragene Resolution.

Wir als Schulträger können dazu die äußeren Bedingungen so gut wie möglich gestalten, aber für die Vermittlung der Inhalte und für die pädagogische

Atmosphäre tragen die Kolleginnen und Kollegen zusammen mit den Eltern und den Schülerinnen und Schülern bei. Gerade die beruflichen Schulen leisten bei unseren jugendlichen Flüchtlingen, aber auch bei allen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, einen nicht hoch genug zu schätzenden Beitrag zur Integration in unsere Gesellschaft. Das Gefühl vermitteln, du wirst gebraucht, wir lassen dich nicht hängen, du bist uns sehr wichtig, wir wollen dir eine Zukunft ermöglichen, ist der beste Weg, einem Menschen eine Perspektive zu geben und die Angst vor der Zukunft zu nehmen. Jugendliche ohne Perspektive sind anfällig für Populisten und/oder laufen Gefahr sich zu radikalieren. Deshalb ein großes Dankeschön an die PädagogInnen an unseren Schulen. Wir sind auch schon auf den Bericht der Schulsozialarbeiter an unseren beruflichen Schulen gespannt, die hier wichtige Aufgaben in der Beratung und Betreuung übernehmen.



Neues Verwaltungsgebäude in der Hauffstraße, auch ein weiterer Schritt in Richtung familienfreundlichster und zukunftsorientierter Arbeitgeber

In diesem Jahr haben wir ein in unseren Augen schlüssiges und umfassendes Raumkonzept für den Neubau verabschiedet. Wir haben dabei immer wieder um eine möglichst arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung der Architektur gerungen und hier wohl eine tragbare Lösung gefunden. Wir sind dankbar, dass nun die von uns seit mehreren Jahren erbetene Möglichkeit zur

Kinderbetreuung für Angehörige in diesem Zusammenhang realisiert werden wird. Damit wird wieder ein weiterer Baustein in unserem Leitbild „familienfreundliche Kreisverwaltung“ gesetzt.

Dankeschön.

Diese Entscheidung könnte auch ein Baustein zur Stärkung des Ehrenamtes werden, nämlich, wenn es gelänge, dass z. B. Kreistagsmitglieder, also junge Väter und Mütter, für die Zeit der Gremiensitzungen ihre Kinder dort gut betreut wissen könnten.

Und wenn ich bei familienfreundlicher und zukunftsorientierter Arbeitgeber bin. Sie, Herr Landrat, erwähnten, dass Sie eine Umfrage planen, welche haushaltsnahen Dienstleistungen gewünscht würden. Diese Idee finden wir gut; ich persönlich würde mich z. B. über einen Fensterputzdienst freuen. Nein, Spaß beiseite!

Wir finden es voll und ganz in Ordnung, dass ein zukunftsorientierter Arbeitgeber sich überlegt, wie er für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch attraktiver werden kann.

Vielleicht wäre die Ausweitung des Jobtickets auf alle unsere Häuser eine attraktive Idee?

Oder die Frage der Kinderbetreuung in Zusammenarbeit mit den Kommunen? Es würde sicher vielen Eltern oder Alleinerziehenden manches erleichtern, wenn sie wüssten, dass in der Nähe ihres Arbeitsplatzes z. B. einige Plätze in Kitas für Kinder für sie als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unserer Einrichtungen vorgehalten würden. Man weiß aus jahrelangen Erfahrungen, dass sich die Zufriedenheit der Arbeitnehmer und –nehmerinnen positiv auf die Leistung auswirkt. Und welche Eltern sind nicht zufrieden, wenn sie wissen, dass ihr Kind gut versorgt ist? Wir denken, wir dürfen unsere Häuser außerhalb des Landratsamtes dabei nicht vergessen und

müssen auch für sie adäquate Lösungen zusammen mit Partnern suchen.

Ich könnte noch viele Themen aufgreifen. Die Nichterwähnung soll kein Zeichen der geringeren Wichtigkeit und Wertschätzung sein. Ich habe mich diesmal auf die Themen beschränkt die unseren Kreishaushalt ganz wesentlich im Vergleich zu anderen Jahren beeinflussten.

Zusammenfassung

Als Ergebnis unserer Beratungen und der Beratungen in den Ausschüssen des Kreistages stelle ich für die SPD-Fraktion fest: Nach Abwägung aller uns wichtigen Gesichtspunkte: Soziale Ausgewogenheit, ausgewogene Verteilung der Lasten, verantwortbare Investitionen in Verwaltungsräume, Flüchtlingsunterkünfte, Krankenhäuser, Schulen und Infrastruktur sowie einer vertretbaren Entwicklung der Verschuldung des Landkreises hat die SPD-Fraktion beschlossen, dem Haushalt 2017 wie 2016 zuzustimmen.

Dank

Meine Rede beenden möchte ich mit dem Dank der SPD-Fraktion und auch meinem persönlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen der Landkreisverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Stellvertretend für alle, die zu einem Wohlfühlklima in unserem Kreis beitragen (die anhaltenden Zuzüge beweisen es) möchten wir uns aber bei den Menschen bedanken, die ganz konkret an und mit den Menschen arbeiten, die unsere Hilfe benötigen: Seien es die Kranken, die Senioren, die Flüchtlinge, die Schülerinnen und Schüler, die zu betreuenden Familien oder die Behinderten.

Wir sagen Dankeschön für ihre engagierte und nicht immer einfache Arbeit, die sie dort Tag für Tag zum Wohle der Menschen leisten.

Und dass dies alles in unseren Einrichtungen so gut bewerkstelligt werden kann, dazu trägt auch die konstruktive Mitarbeit der jeweiligen Betriebsräte bei. Deshalb auch ihnen ein Dankeschön.

Demokratisches Zusammenwirken

Letztes Jahr schloss ich meine Rede mit Worten, die auch für dieses Jahr uneingeschränkt gelten. Deshalb wiederhole ich sie hier.

„Ganz persönlich, aber auch im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich nicht nur bei der gesamten Verwaltung, sondern auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des gesamten Kreistages, bedanken. Das konstruktive Miteinander zeigt, dass es uns allen um die Zukunft des Landkreises geht. Dass dabei je nach Gruppierung mal verschiedene Einschätzungen und Sichtweisen gegeben sind, liegt in der Natur unserer jeweiligen Parteizugehörigkeit. Aber die gegenseitige Wertschätzung macht es uns allen dabei leichter.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Für die SPD-Fraktion,

Klara Dorner,

Fraktionsvorsitzende



Der Kreistag Alb-Donau-Kreis bei einer seiner Tagungen in Ulm.